Dieser Beitrag setzt sich für den öffentlich-rechtlichen Rundfunk (ÖRR) ein. Das fällt jedoch schwer, weil der ÖRR oftmals gegen den offiziellen „demokratischen“ Auftrag verstößt. Seine Abschaffung und Schwächung werden aber wohl nicht zur Verbesserung der deutschen Medienlandschaft beitragen. Danke vielmals für die interessanten Leserbriefe. Hier nun eine Auswahl der E-Mails. Zusammengestellt von **Christian Reimann**.

1. Leserbrief

Sehr geehrter Herr Riegel,

Sie nehmen in Ihrer Einleitung die Antwort des Dilemmas bereits vorweg: “Aber diese Verteidigung war wegen der massiven inhaltlichen Verfehlungen der Sender selten so schwer wie heute.”

Genau darin liegt das Problem. Inhaltliche Änderungen können nur geschehen, wenn diejenigen Menschen, die darauf einen negativen Einfluß entgegen des gesetzlichen Auftrages ausüben, gezielt ausgeperrt werden. Soweit mir bekannt ist, sind politische wie auch kirchliche Vertreter in entscheidungsfähigen Gremien in der Überzahl. Die sich daraus ergebende Schlagseite kann ohne personelle Änderungen nicht korrigiert werden.

Die Gesetzeslage muß diesbezüglich nicht geändert werden. Im Gegenteil muß endlich deren konsequente Durchsetzung in die Praxis umgesetzt werden. Es mangelt keineswegs an Nachweisen, wie Sie selbst feststellen.

Mit ihr ist es wie mit den formalen Beschwerden, die Sie zwar als positiv empfinden (im Vergleich zu etwa privaten Medien), aber unter dem Strich keinerlei Veränderungen bewirken.
Warum sollte man also ein System unterstützen, das unliebsame Änderungen bewußt nicht zuläßt? Dies ist ganz & gar undemokratisch.

Wenn man den öffentlich-rechtlichen Stall ausmisten wollte, dann müßte man endlich anfangen, diejenigen verantwortlichen Redakteure zur Rechenschaft zu ziehen, welche für Gleichklang, Diffamierungen, Manipulierungen und Panikmache verantwortlich sind, bis hin zu den Intendanten und Rundfunkräten. Für mich schließt das die Ahndung nach Maßgaben des Strafgesetzbuches definitiv mit ein.

Ich fasse meine Entscheidung zu dem Thema “öffentlich-rechtliche Medien” wie folgt zusammen:
Solange es einen Zwangsbeitrag gibt, wie ihn der Rundfunkbeitrag als Quasi-

Wohnungssteuer heute darstellt, der mich aber als Zahler außen vor hält, was die inhaltliche Gestaltung und Verfügbarkeit von Beiträgen (Audio- wie auch Videomaterial) betrifft, so bin ich ganz klar für eine Abschaffung eines solch korrupten Systems, um es mit deutlichen Worten zu sagen.

Ein Redekteur von hr3 war ziemlich baff, als ich ihn darum bat, mir ein MP3 des Liedes von Jovis zukommen zu lassen, in dem eine “hr3-Einlage” zu hören war. Als ich schrieb, daß ich als Rundfunkbeitragzahler auch ein Mitspracherecht habe, war er ganz & gar verwundert, daß sich jemand aus dem Volke erdreistet, demokratisches Mitspracherecht einzufordern. Eine Kopie dürfe dem Zahler nicht zustehen, das wäre Sache des Senders. Ist das tatsächlich so? Hier liegt viel im Argen, das bewußt nicht angegangen wird. YouFM hatte sich vor Jahren ziemlich ähnlich geäußert, als ich dort nach einem anderen Lied angefragt hatte. Dieses Denkmuster ist also weder über Nacht entstanden noch besteht ganz offensichtlich der Wille, es zu ändern.

Der Streit um die Erhöhung einer Rundfunkgebühr ist an Chuzpe nicht mehr zu überbieten. Jeder Mitarbeiter in der freien Wirtschaft, der schlechte Ergebnisse abliefert, wird abgestraft bis hin zur Kündigung, wenn dies unter Vorsatz geschieht. Beim ÖRR werden die Verantwortlichen jedoch vor dem Zorn der Bürger und sogar ihrer eigenen (ehemaligen) Redakteure (Bräutigam/Klinkhammer) geschützt, damit diese ungehemmt weiter machen können. Solch ein Medium brauche ich beim besten Willen nicht.

Da die öffentlich-rechtlichen Medien im Grunde genauso agieren wie die privaten, sehe ich hier keinen Fehler, das, was zusammen paßt, auch zusammen zu packen. Dann sind wir immerhin die grundrechtswidrige Rundfunksteuer los und tun gestern wie heute und auch morgen genau das, was wir als kritische Geister immer getan haben:
Wir informieren uns aus Quellen, die uns nicht übel aufstoßen oder ein Gefühl geben, daß Meinungen regelrecht gezüchtet werden sollen. Diese alternativen Quellen bedürfen keiner öffentlichen Zwangsgelder. Ein öffentlich finanziertes Modell darf ergo als gescheitert betrachtet werden.

Ein indianisches Sprichwort lautet:
Wenn man merkt, daß man ein totes Pferd reitet, dann sollte man absteigen.

Womöglich hat die Privatisierung des ÖRR aber auch noch einen anderen Grund: Sollte nämlich Norbert Häring’s Klage vor dem EuGH Erfolg haben, den Rundfunkbeitrag bar bezahlen zu “dürfen”, dann kämen immense Mehrkosten für diesen Aufwand dazu — was wiederum die Gewinnspanne der Mafia-ähnlichen Zwangsbeiträge schmälert. Das geht nun wirklich nicht.

Mit besten Grüßen,
Michael Schauberger

---

2. Leserbrief

Sehr geehrter Herr Riegel,

vorweg möchte ich betonen, das auch ich einer Privatisierung des ÖRR kritisch gegenüberstehe. Ihre berechtigte Kritik empfinde ich allerdings als zu brav.

Es ist festzustellen, seit Einführung des Privatfernsehens hat sich der ÖRR ohne Not den Inhalten und Niveau der privaten Anbieter angepasst. Diese Entwicklung dauert an.
Oder, um es anders auszudrücken : die Kontrollinstanz der ÖRR als Vierte Gewalt im Staat ist dahin.
Sie existiert nicht mehr. Punkt.
Die ganz offensichtliche Übernahme von relevanten Posten im ÖRR durch die Politik ist mittlerweile Gang und Gäbe und geht täglich weiter…
Aktuell übernahm die Chefstrategin des Herrn Röttgen, Frau Ellen Demuth, gerade einen Sitz im Rundfunkrat der ARD.
Eigentlich wieder mal ein Skandal, aber das Publikum ist mittlerweile so konditioniert, dies alles nicht mehr wahrzunehmen..nun, wie auch, es wird so gut wie nicht darüber berichtet. Corona sei Dank. Und wenn berichtet wird, dann so, als wäre das ganz selbstverständlich.

Um es mit Albrecht Müller zu sagen : Der ÖRR hat jeglichen medial demokratischen Anstand verloren.
So ist es!

Es geht aber beim ÖRR nicht mehr um eine Reformierung,
Es muss um einen kompletten Neuaufbau inhaltlich, bzw. eine Rückbesinnung auf die eigentlichen Aufgaben gehen, die ein guter ÖRR zu liefern hat und zum anderen Bedarf es eines kompletten Neuaufbaus der Finanzierung und der Verwaltung.

Der Rundfunkrat muss abgeschafft werden und durch einen echten Bürgerrat ersetzt werden.
Warum? Weil der Rundfunk dem Bürger gehört!!
Die Menschen sollten Rundfunk für die Menschen machen.
Dieser Bürgerrat muss, wie alle anderen Instanzen unabhängig kontrolliert werden um

Einflussnahme in welcher Art und weise auch immer zu verhindern. Bei Verstößen folgt die Abwahl.
Das Wort Unabhängigkeit muss in Großbuchstaben ganz am Anfang stehen und das erste Gesetz bleiben.

Die absurden Doppelstrukturen von ARD und ZDF müssen beseitigt werden.
Gleiche Programminhalte auf 2… Kanälen kosten das doppelte.
Wo ist der Sinn?
Der komplette Programmauftrag muss verbindlich neu geschrieben werden in dem Information,
Unabhängigkeit und Meinungsvielfalt an oberster Stelle stehen. Dies muss eingehalten und unabhängig kontrolliert werden.

Der Rundfunkbeitrag wird zur Finanzierung dessen Auftrags erhoben, „ohne den Druck zu Marktgewinnen die Wirklichkeit unverzerrt darzustellen, das Sensationelle nicht in den Vordergrund zu stellen und professionell die Vielfalt der Meinungen abzubilden“, hob Gerichtsvizepräsident Ferdinand Kirchhof im Rundfunkbeitragsurteil am 18.7.018 hervor.

Diese Aussage hat definitiv nichts mit der Realität der öffentlich-rechtlichen zu tun!!

Seit nunmehr 8 langen Jahren, wird der Rundfunk durch den, eindeutig grundgesetzwidrigen
Rundfunkbeitrag finanziert.
Diese Finanzierungsform muss ein Ende finden!!
Es ist ein 8 Jahre andauernder Skandal, das zB. Menschen in diesem Land bei nicht bezahlen des Beitrags ins Gefängnis kommen oder damit bedroht werden. Dies ist ein Unfassbarer Zustand!!
Ein nicht unerheblicher und ansteigender Anteil der Menschen in diesem Land lehnen diesen Zwangsbeitrag ab und werden diesen auch in der Zukunft weiter ablehnen.
Über eine Million Vollstreckungen und Festsetzungsbescheide pro Jahr zeigen nur den teil in der Bevölkerung an, der sich aktiv gegen diesen Zwang wehrt. Viele, viele andere scheuen die Auseinandersetzung und bezahlen widerwillig.
Bei einer aktiven zur Wehrsetzung gegen die Zwangszahlungen zeigt sich zusätzlich ein Bild des Zustands der Verwaltungen und Gerichte in diesem Land, das zersetzt ist mit Rechtsbeugung, Willkür, Ignoranz und Lügen, eine weitere Aneinanderreihung von Skandalen.
Ein System das sich mit Zwang finanziert ist schlicht demokratisch nicht mehr legitimiert.
Mehr noch, ein System das eine Beitragserhöhung in Zeiten von wirtschaftlichen Niedergang vieler Branchen in diesem Land vor dem Bundesverfassungsgericht

unverschämter weise durchsetzen will, gehört schlicht bestraft!!

Der öffentlich-rechtliche Rundfunk hat meiner Meinung nur dann die Chance einer neuen Akzeptanz, indem es diese Zwangszahlungen sofort beendet.
Der Anknüpfungspunkt für eine Bezahlung kann, wenn überhaupt nur ein Empfangsgerät sein und keine Wohnung!
Auch kann eine Finanzierung aus Steuergeldern bei gleichzeitiger Wahrung der Staatsferne in Frage kommen, bei der Kirchensteuer geht dies ja auch.
Auch wäre dies zumindest wieder im Sinne des GG Art.3.

Das Konstrukt ÖRR ist ein Bauwerk das abgerissen werden muss um ein grundlegend neues Gebäude zu errichten.
Ein Gebäude, das auf soliden rechtsstaatlichen Füßen steht, seinen Programmauftrag vollumfänglich erfüllt, demokratisch legitimiert ist, Grundgesetzkonform ist und einzig und allein für die Menschen in diesem Land da ist und nicht für Wirtschaft, Politik und eine sich selbst beweihräuchernde, arrogante Intendanz.

Der öffentlich-rechtliche Rundfunk ist aber nur ein Bauwerk von vielen, das ohne wenn und aber abgerissen und neu errichtet werden muss, damit Rechtsstaatlichkeit und Demokratie überhaupt überlebensfähig bleiben in diesem Land.

Mit freundlichen Grüßen
Thomas Rath

---

3. Leserbrief

Sehr geehrte Damen und Herren,

wir werden diesen ÖRR (Öffentlich-Rechtlicher Rundfunk) nicht mehr reformieren können. Die Zeit dafür ist vorbei aber um Druck auf die behäbigen Damen und Herren im ÖRR auszuüben finde ich den Vorschlag aus der CDU im Grunde nicht gänzlich schlecht.

Auch wenn ich es nicht in Ordnung finde, dass ich als Kritiker des ÖRR nun Verbesserungsvorschläge unterbreiten soll wie ggf. der ÖRR reformiert werden kann, da er nach meinem dafürhalten nicht reformierbar ist, so will ich es aber dennoch wagen. Starten wir also den Versuch eines Vorschlages, wir lassen z.B. die Gebührenzahler einmal im Jahr oder alle zwei Jahre selber entscheiden wohin seine Gebühren für die nächste 1 bis 2 Jahre

fließen sollen. Z.B. zum ÖRR, zu den Privaten oder zu den Sozialen Medien u.a.m. wie auch immer. Man stelle sich nur einen Moment vor die NDS, KenFM etc. würden so von ihren Nutzern mit 210,- €/a mitfinanziert werden können. Die Medienvielfalt und der Druck auf die Medien gute und vernünftige Produkte anzubieten wäre enorm. Eine für alle durchschaubare Transparenz des Geschäftsgebarens der beteiligten Medien vorausgesetzt.

Mit freundlichen Grüßen
W.Hennes

PS. Bitte macht weiter in diesen dunklen Zeiten seit ihr einer der wenigen Lichtblicke.

---

4. Leserbrief

Sehr geehrter Herr Riegel,

zu Ihrem Artikel „Rettet den Rundfunk“ möchte ich zwei Anmerkungen machen.

Erstmal teile ich Ihre Kritik am ÖRR. Seit Monaten haben ich meinen Fernseh- und Radiokonsum ganz erheblich reduziert, weil ich einfach die Gleichschaltung in den Nachrichten u.a. zur Pandemie nicht mehr hören kann. Davor gehörte ich zu den eifrigen Schreibern, der auf unausgewogene Berichterstattung unverzüglich die Redaktionen angeschrieben habe. Diese Lust ist mir vergangen und ich habe nur noch Frust.

In Ihrem Artikel erwähnen Sie, dass der Bürger Programmbeschwerden einreichen, oder sich an den Presserat wenden kann. Ist das nicht so wie ein Punchingball? Der Bürger bekommt vermeintlich etwas wo er sich abreagieren kann, aber letztendlich vermutlich ins Leere läuft. Es bleibt aber der Schein der Einflußnahme aufrecht erhalten.

Äqivalent wäre es zu den Petitionen und Demonstrationen. Der Schein der Demokratie wird gewahrt, aber es ändert sich so gut wie nichts.

Mein zweiter Punkt bezieht sich auf auf Ihr Anliegen den ÖRR zu retten.

Was wäre denn, wenn es nur noch privaten Rundfunk gäbe? Sicherlich würden die Nachrichten und die Ausrichtung der Programminhalte von den Eigentümern bestimmt. Von Ausgewogenheit wird man sicherlich nicht mehr sprechen können. Der Bürger weiß aber, dass er beim privaten Rundfunk nicht die Neutralität haben kann, wie er beim ÖRR haben sollte.

Aber was ist mit dem ÖRR? Ist es nicht viel gefährlicher wenn der Bürger vom ÖRR davon ausgeht, dass diese Nachrichten objektiv und neutral sind? Wir sehen doch jetzt in der Pandemie wo das hinführt. Die Mehrheit der Bürger ist ja überhaupt nicht mehr in der Lage, kritisch zu denken.

Mit freundlichen Grüßen
R.H.

---

5. Leserbrief

Guten Tag,

ich habe schon lange einen anderen Vorschlag:
Nicht den ÖRR sondern die Rundfunkanstalten zu privatisieren.

Der ÖRR sollte neu aufgestellt werden als schmales Bildungs- und Nachrichtenprogramm. Freie Journalisten sollten unterstützt werden. Eine Fremdfinanzierung, z.B. durch Werbung, ist auszuschließen.

Die Rundfunkanstalten haben sich ja im Wettbewerb so gut aufgestellt, dass sie gut in die Freiheit entlassen werden können.

Mit freundlichen Grüßen
A.Hellmann

---

6. Leserbrief

Hallo, Nachdenkseiten !

An einer Holzkiste können Sie nichts löten. An unserem Staatsfunk können Sie nichts reformieren. Dafür ist die Senderei zu stark verfilzt und mit der Politik verbandelt. Der in mehr als 70 Jahren gewachsene Koloss der Polit-(Des-)Information und der Versorgung des gigantischen Überschusses von Hochschulabsolventen mit ihren unvermittelbaren Abschlüssen in den Fächern Sozio, Polito, Gender und Was-mit-Medien hat ein solches Beharrungsmoment, dass sie ihn nur komplett abschaffen und dann etwas Neues, Politiker-

Fernes hinstellen können. Alles andere muss scheitern und ist auch stets gescheitert.

Schöne Grüße!
Alfred Großenbaum

---

7. Leserbrief

Hallo, lieber Herr Riegel,

als langjährige und tägliche Leserin der Nachdenkseiten stimme ich Ihnen zu, dass der ÖRR “gerettet” werden muss, weil er in Anbetracht einer Privatisierung (leider, leider, muss man sagen) das kleinere Übel wäre.

Auch unter Berücksichtigung dessen hat man jedoch fast täglich Grund zu Ärger und Verdruss (wie Sie es ja auch in Ihrem Beitrag erwähnen), z.B. über die tendenziöse Berichterstattung unserer beiden ÖRR-TV-Sender ARD und ZDF.

Obwohl ich mir schon oft vorgenommen hatte, keine Nachrichten des ÖRR mehr anzusehen, habe ich am17.12. um 22.15 h eine Ausnahme gemacht und mir die ARD-Nachrichten “angetan”. Darin ist ab Min. 17.48 h ein Bericht über die Ansprache des russischen Präsidenten Putin (“Machthaber”, wie Herr Zamparoni ihn nannte) zu sehen.
Die “Reportage” troff nur so von Feindseligkeit, Beleidigungen, Falschmeldungen; so etwa wurden die Aussagen von Herrn Nawalny als glaubwürdig, die von Präsident Putin als erschreckend (“es stockte einem der Atem”) qualifiziert. Es wurde behauptet, dass Putin jetzt von seiner Sommerresidenz in Sotschi aus regiere und sein armes Volk in der russischen Kälte ausharren müsse, etc.,etc. Mit anderen Worten, einfach unerträglich! Den anschließenden Kommentar habe ich mir wohlweislich erspart, um meine Nerven zu schonen.
Über die Programmgestaltung des ÖRR zu schreiben, würde diesen Rahmen sprengen (außer ständiger Abfolgen von Krimis scheint den Programmmachern nichts einzufallen), und Verblödung des Fernsehvolkes ist vorprogrammiert. Aber das ist ja auch so beabsichtigt. Wie gesagt, es bleibt nur Fernseh-Abstinenz.

Hier der Link zu der beschriebenen Sendung:

Mit besten Grüßen und Dank für Ihre wertvolle und unverzichtbare Arbeit!
G.Fernekes

8. Leserbrief

Hallo lieber Albrecht Müller und die „Nachdenkseiten“,

besser als dieser Versuch die Praktiken unserer ÖR-Anstalten und die bei eben jenen transportierten Propagandalinien aufzudecken geht es nicht.

Sie haben in brillanter Weise zusammengefasst um was es unter dem Schutz der „Tarnkappe Links“ in Wirklichkeit geht.

Bei ihren absolut zutreffenden Feststellungen ist mir zugegebener Weise nicht gerade besser geworden. Aber sicher dient es der eigenen Psyche besser den Dingen ungeschminkt ins Auge zu sehen anstatt die Vogel Straußmethode in Anwendung zu bringen.

Den Betroffenen ihrer schonungslosen Analyse aber dürfte es kalt über den Rücken gelaufen sein, wenn sie sich ertappt gefühlt haben in ihrem durch nichts zu entschuldigenden Gebaren da Draußen, wo man den Menschen zweifellos voll auf den Zehen steht und sich dafür auch noch von nicht „Volljährigen „ die nichts kapieren, feiern lässt .

Vielen Dank für diesen Akt dem Oktopus den „neunten“ Arm zu kappen. Wird es bei manchen klingeln? Ich fürchte nein. Sie werden die hervorragend getarnten Fallen nicht sehen oder sehen wollen, denn manchmal ist das Arrangement für den Augenblick angenehmer als die Konsequenz den Augiasstall auszumisten. Dafür wäre es langsam an der Zeit.

Vielen Dank für diese erhellenden Zeilen.

Mit den besten Wünschen und meiner Hochachtung vor ihrer sorgfältigen Arbeit.
W.Schuckmann

9. Leserbrief

Ein unabhängiger öffentlich-rechtlicher Rundfunk (ÖR) wäre wünschenswert. Unser jetziger ÖR ist jedoch alles andere als unabhängig. Der jetzige ÖR ist nichts anderes als ein

Staatsmedium, wie es das in anderen Ländern auch gibt. Und ein Staatsmedium ist dafür zuständig, bestimmte politische Meinungen zu verbreiten. In den letzten Jahren ist unser Staatsfernsehen mehr und mehr zum Verbreiter von politischen Behauptungen und Vermutungen geworden, deren Wahrheitsgehalt gegen Null tendiert. Das Ziel ist es nur noch, die Zuschauer/-hörer gezielt zu beeinflussen. Dieses nennt man dann Propaganda. Hinzu kommt, dass die Verantwortlichen in transatlantischen Clubs Mitglieder sind und laut deren Statuten den Ziele dieser Clubs „dienen“ müssen (Beispiel Atlantikbrücke). Bei diesen Clubs handelt es sich vorrangig um Lobbyistengruppierungen, die die Meinung der USA in Deutschland vertreten sollen. Auch eine Merkel ist Mitglied in der Atlantikbrücke. Es ist m.M. nach ein Unding, dass sowohl die Regierungschefin (andere Politiker leider auch) als auch Verantwortliche und Journalisten dort Mitglied sind, die eigentlich unserem Land dienen, bzw. unabhängig sein sollten.

Das Dilemma ist nur, dass wir für diese Propaganda Gebühren bezahlen müssen, Dass fällt dann unter den Begriff Steuern. Es muss eine Möglichkeit geben, dagegen vorzugehen. Ich schaue oder höre absolut keine Nachrichten im ÖR, lieber schalte ich um und gucke die bescheuerte Werbung auf den Privaten. Was im ÖR an unbewiesenen Behauptungen, Vermutungen, an Verdrehungen, an weglassen von wichtigen Informationen, bis hin zu offensichtlichen Lügen verbreitet wird, möchte ich mir nicht mehr antun. Aber ich muss das alles mit meinem Geld mitfinanzieren.

Unser Wertewesten faselt soviel darüber, dass in anderen Ländern Oppositionen unterdrückt werden. Kann mir jemand einen Oppositionssender in Deutschland nennen? Gibt es sowas? Warum nicht? Wird bei uns auch die Opposition unterdrückt oder ist unsere Opposition nur zu dumm dazu? Zum Beispiel gibt es in dem „bösen“ Land Russland diverse Oppositionssender, sowohl im TV als auch im Radio, die ungehindert arbeiten und senden dürfen. Aber dort wird ja gemäß unserer Politik und ihrer Medien die Opposition, die Meinungsfreiheit unterdrückt. Die ganze Entwicklung auch jetzt mit dieser Coronahysterie nimmt kein gutes Ende. Unsere Presse- und Meinungsfreiheit wurde abgeschafft und künftig werden Andersdenkende als sogenannte Verschwörungstheoretiker wahrscheinlich massiv verfolgt und benachteiligt. Und das nicht nur zum Thema Corona. Zensuren finden ja schon überall statt. Ich hoffe, die NDS werden das überleben. Vielleicht sollte man schon mal eine Alternative zur .de Internetadresse suchen, die von unserem Wertewesten nicht zensiert oder abgeschaltet werden kann!

Viele Grüße und danke für ihre wichtige Arbeit!
R. Brunck

10. Leserbrief

Sehr geehrter Herr Riedel,

das einzig sinvolle, was mit dem ÖRR gemacht werden kann, ist abschalten.
Da ist Hopfen und Malz verloren.

Die Bürger dieses und aller übrigen Länder müssen sich ihre Infrastruktur wieder neu erschaffen.
Alternativen Medien, wie Nachdenkseiten, sind der einzig gangbare Weg.
Kleinspender, die ohne direkten Einfluss auf den Inhalt bleiben.

Mit freundlichen Grüßen
N.N.

11. Leserbrief

Sehr geehrter Herr Riegel,

besten Dank für Ihren Beitrag und die Verlinkung zu den Texten der LINKEN und der SPD. In beiden Quellen ist zu lesen, dass der Rundfunkbeitrag seit 2009 nicht erhöht wurde. Das ist formal richtig. Allerdings wurde 2013 aus der “Rundfunkgebühr” der “Rundfunkbeitrag”. Aus der “Gebühreneinzugszentrale” wurde der “Beitragsservice”. Parallel zu diesem Neusprech wurde die Bemessungsgrundlage massiv erweitert. Leider konnte ich nichts dazu finden, wie sich die Haushalte der Sender in Summe im Jahresverlauf einschließlich Werbeeinnahmen entwickelt haben. Es wäre interessant, wenn Sie hierzu gelegentlich etwas nachtragen könnten.

Bis 2013 war es möglich, für Berieselung, die man nicht bekommen möchte, auch nichts zu zahlen. Seitdem geht das nicht mehr. Jede und jeder “muss” sich an diesen urdemokratischen Institutionen finanziell beteiligen. Dabei geben die “Anstalten” am meisten aus für Sport, damit meinen sie nahezu ausschließlich Fußball, für seichte Unterhaltung, Mord & Totschlag. Seriöse journalistische Recherche, politische Bildung? Weitgehend Fehlanzeige, wie Sie richtig schreiben. Ohne (Eigen-) Werbung fernzusehen oder Radio zu hören, ist praktisch unmöglich.

Bereits vor 20 Jahren sprach eine ehemalige Mitarbeiterin des ZDF nur vom Zentrum Der Finsternis. Von sich aus werden diese Organisationen sich nicht reformieren. Zwar besteht die theoretische Möglichkeit als Bürger, Zuschauer und -hörer an den Auftrag zu erinnern – doch hiergegen schützt ein lange gewachsenes dickes Fell.

Parteien, wie LINKE und SPD, die in ihren Stellungnahmen die Entwicklung der letzten Jahrzehnte unterschlagen und mit der geplanten Gebührenerhöhung unkritisch ein “Weiter so” befürworten, befördern damit indirekt Positionen der CDU und der AfD. Erforderlich wäre, dass die Politik, statt neues Geld zu liefern, Reformen verlangt und an den gesetzlichen Auftrag erinnert. Die Intendanten sollten an der Erfüllung dieses Auftrags kontrolliert und gemessen werden und nicht daran, ob Sie ausreichend “Brot und Spiele” im Wettstreit mit den Privaten liefern

Mit besten Grüßen
Peter Döring

---

12. Leserbrief

Hallo liebes Team der NDS. Vorab meinen Respekt und Dank für Ihre Arbeit. Sich Tag für Tag mit dem zu beschäftigen, was Politiker sich ausdenken und über die Medien verbreiten, das ist eine Leistung die ich sehr hoch schätze. Meine Nerven würden da nur bedingt mitmachen.

Als ich das erste mal von diesem Vorstoss las, dachte ich, was soll das, was kann besser werden, privatisieren ist auch keine Lösung.

Inzwischen bin ich eher dafür denn vom Niveau sind die ÖRR in vielen Bereich schon auf dem Level der Privaten angekommen und gefühlt versuchen sie es, dieses noch zu unterbieten. Jüngstes Beispiel dürfte sicher der Beitrag eines gewissen J.B. sein mit dem WDR Kinderchor.

Sie schreiben, es gibt ja noch einiges Gutes an Sendungen, mag sein. Als inzwischen überzeugter Nichtseher kann ich wenig dazu sagen. Allerdings ist mir schon früher aufgefallen, daß selbst Dokus oft nicht Werteneutral gestaltet sind.

Für mich auch eine Problem, wo ich selbst keine Lösung für habe, ist die große Akzeptanz

der Nachrichten um 8 und daß viele Menschen diese Sendung absolut für glaubwürdig halten. Was ist hier eine gute Alternative?

Sie sehen, ich habe mehr Fragen als mögliche Lösungen und bin gespannt auf die Meinung anderer Leser Ihrer Seiten.

Ich wünsche dem ganzen Team ein gutes Weihnachtsfest und uns allen ein besseres 2021.

Viele Grüße
R. R.

---

13. Leserbrief

Liebe NDS,

alle Jahre wieder…werben die Nachdenkseiten für den Erhalt des öffentlich-rechtlichen Rundfunks. Ich frage mich mehr noch als bei Ihrem Artikel vor 14 Monaten: Warum?

63.000 Unterschriften hat Bastian Barucker gesammelt. Alle Mitunterzeichner wollten eine Sondersendung in der ARD, bei der Wissenschaftler wie Prof. Bhakdi und Dr. Wodarg mit (Dr.?) Drosten und Dr. Wieler in einen offenen Diskurs zur “pandemischen Lage von nationaler Tragweite” treten sollten. Nach wochenlanger Hinhaltetaktik war die ARD zu einer nichtöffentlichen Videokonferenz bereit. Begründung: Man könne es nicht “jedem Einzelnen überlassen, sich eine Meinung zu bilden, welcher Wissenschaftler recht hat, weil das Pubklikum damit überfordert sei.” Es ist schon erschreckend, mit welcher Überheblichkeit die Sendeanstalten unterwegs sind.

Neuerdings müssen Menschen, die eine von den Öffentlich-Rechtlichen abweichende Meinung haben, mit Rufmordkampagnen rechnen.

“Querdenken”-Bewegung: Ex-Polizist warnt vor rechter Unterwanderung – SWR Aktuell

Querdenker quasi NSU 2.0! Und ein Kreditinstitut muss sich rechtfertigen, dass sie solchen Leuten Bankkonten einrichtet.
Ähnliches habe ich auf Privatsendern noch nicht gesehen.

Neben der von Ihnen angeregten Reform halte ich aber noch eine weitere Überlegung für

angebracht: Wenn eine Privatisierung der Sender die Medienlandschaft nicht verbessert – verschlechtert würde sie auch nicht, wenn z. B. einer der beiden Sender abgeschafft würde (vorzugsweise ARD bei Erhalt der Lokalsender), da sich die Beiträge von z. B. Tagesthemen und Heutejournal kaum unterscheiden. Auch keinen Einfluss hätte eine deutliche Reduzierung der Auslandskorrespondenten.

Meine Bereitschaft, die von den Sendeanstalten täglich verbreitete Staatspropaganda mit 17,50€ p.m. zu finanzieren, tendiert gegen 0. Eine weitere Gebührenerhöhung empfinde ich als Zumutung.

Mit freundlichen Grüßen
Sabine Kurzidim

---

14. Leserbrief

Sehr geehrter Herr Riegel,

der Aufruf den Rundfunk zu retten ist grundsätzlich richtig.

Was ist denn in unserem Land überhaupt noch staatlich bzw. öffentlich rechtlich? Krankenhäuser, Bundesbahn, Autobahnen und viele andere Instutitionen sind bereits in privater Hand. Diese Liste könnte man noch erweitern.

Für mich stellt sich die Frage ob wir denn dann ausgerechnet einen öffentlich, rechtlichen Rundfunk brauchen. Wozu? Die Personalkosten sprengen den Rahmen, Informationen auf dem Nullpunkt und auch das übrige Programm wird nur dauernd wiederholt. Wenn wir es nicht schaffen in unserem Land wieder Recht und Ordnung in Kraft zu setzen, auf jeden Fall das Grundgesetz , dann brauchen wir auch keinen öffentlich rechtlichen Rundfunk. Den müssen wir auch noch zwangsweise bezahlen.

Vor allen Dingen das letzte Video mit Jan Böhmermann ist an Geschmacklosigkeit nicht zu überbieten.

Ich möchte jedenfalls in Zukunft für sowas nicht mehr bezahlen müssen.

Herzliche Grüße auch an das gesamte Team
Gerda Keuter